



# Evangelische

# Verantwortung

## Den Frieden schützen

Gerhard Stoltenberg

Zu Beginn der letzten Dekade dieses Jahrhunderts steht Europa an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Mit der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes konnten die Teilung des Kontinents und Deutschlands überwunden werden, der Eisernen Vorhang ist zu unserer Freude und Erleichterung verschwunden. Es waren die Ideen von Selbstbestimmung, Freiheit und Menschenrechten, die die politische Landschaft Europas mehr und mehr der Verständigung, der Zusammenarbeit und damit dem Frieden geöffnet haben. Die zuversichtliche Botschaft der „Charta von Paris“ anlässlich des KSZE-Gipfels vom November 1990 signalisiert die Möglichkeit zu einer neuen, tragfähigen Friedensordnung auf der Basis von Demokratie, Toleranz und Zusammenarbeit.

Dennoch ist unser Kontinent keine Insel des Friedens geworden; alte Risiken und neue Instabilitäten kennzeichnen eine Übergangszeit in Europa, deren Verlauf und Dauer noch nicht im Einzelnen absehbar sind. Daneben hat uns der Golf-Konflikt nachdrücklich vor Augen geführt, wie unmittelbar Krisen und Konflikte außerhalb Europas auf unsere Sicherheit durchschlagen können. In nicht wenigen Regionen der Welt, die zum Teil auch an Europa grenzen, verbindet sich eine Vielzahl von wirtschaftlichen, sozialen, ethnischen und religiösen Problemfeldern zu einem höchst instabilen, brisanten Gemenge. Die zunehmende Verbreitung moderner Waffen einschließlich von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden ballistischen Trägermitteln schafft zusätzliche Gefahren. Angesichts der vielfältigen und engen Verflechtungen der Staaten untereinander können dadurch schneller als in früheren Zeiten die internationale Ordnung und damit unser Wirtschafts- und Sozialgefüge aus dem Gleichgewicht geraten.

Auch wenn in Europa große Chancen bestehen, eine neue, stabile Ordnung zu verwirklichen, auch wenn der erfolgreiche Widerstand der Völkergemeinschaft gegen die irakische Aggression ein hoffnungsvolles Zeichen internationaler Solidarität für die Geltung von Frieden und Recht gesetzt hat – Gewaltanwendung und kriegerische

Auseinandersetzungen können dennoch nicht für alle Zeiten ausgeschlossen werden. Sicherheit zu schaffen und den Frieden zu schützen bleibt auch in Zukunft eines der wichtigsten Ziele staatlichen Handelns.

### Frieden erhält sich nicht von selbst

Ein sicherer Friede ist die Basis eines geordneten Zusammenlebens zwischen Menschen und Völkern. Daß man für den Frieden ist, sagt sich leicht und wird auch immer Zustimmung finden. Mit dem moralischen Impuls und der kategorischen Forderung ist es jedoch nicht getan. Ein gesinnungs-



ethischer Rigorismus, der allein formuliert, was sein sollte und sein müßte, ist keine Grundlage für realistische Politik. Der Frieden erhält sich nicht von selbst. Seine Grundlagen und Bedingungen müssen jeden Tag neu er-

rungen und gestaltet werden. Nur dort, wo dem Menschen ein würdiges Dasein ohne Hunger und Elend, ohne politische und soziale Unterdrückung ermöglicht wird, kann ein Friede herrschen, der diesen Namen auch verdient.

Umfassend verstandene Friedenssicherung kann sich deshalb nicht allein auf Streitkräfte abstützen. Sie muß darüber hinaus in einem umfassenden Ansatz der hohen Bedeutung ökonomischer, sozialer, technologischer und ökologischer Faktoren für Sicherheit und Stabilität in den internationalen Beziehungen ebenso entsprechen, wie sie unmißverständlich auf die Geltung freiheitlicher und rechtsstaatlicher Lebensverhältnisse dringen muß.

Militärische Sicherheitsvorsorge tritt dadurch in ihrer Bedeutung zurück, bleibt aber trotzdem unverzichtbar. Der Faktor Macht und vor allem der negative Gebrauch von Macht wird nicht aus den internationalen Beziehungen verschwinden. „Politik wird bis an das Ende der Geschichte ein Gebiet sein, in welchem Bewußtsein und Macht einander begegnen, wo sich die ethischen und Zwangsfaktoren des menschlichen Lebens gegenseitig durchdringen und unbeständige und unsichere Kompromisse hervorbringen“, so Reinhold Niebuhr 1932.

Der Golf-Konflikt war ein prägnantes Beispiel dafür, daß hegemonialer Machtanspruch, wenn alle anderen politischen Mittel erfolglos bleiben, in letzter Konsequenz nur durch Einsatz militärischer Macht eingegrenzt und zurückgedrängt werden kann. Über diesen Einsatz ist bei uns heftig gestritten worden. Vielen Bürgern gilt militärische Intervention heutzutage als weder politisch noch ethisch vertretbar, selbst wenn sie als Gegengewalt der Abwehr von Unrecht dient. Zu dieser Einstellung mag beigetragen haben, daß unter dem Schatten unserer leid-

vollen jüngeren Geschichte eine Disposition erwachsen ist, der Bewahrung des Friedens absoluten Vorrang vor jeder militärischen Auseinandersetzung zum Schutz seiner Grundlagen einzuräumen.

Daß die verhängnisvollen Folgen der verbrecherischen Hitlerdiktatur als ein Trauma bis in unsere Tage nachwirken, ist erklärlich und verständlich. Dennoch dürfen wir diesen dunklen Abschnitt unserer Geschichte nicht als historische Parabel gebrauchen, mit deren Hilfe wir nach Belieben der Verantwortung für die Gegenwart ausweichen. Despotische Gewalt und Machtbesessenheit sind weder durch die Beschwörung der Leiden der Vergangenheit noch der Aufgaben der Zukunft aus der Welt zu schaffen. Eine Welt ohne Aggression und Unrecht versprechen zu wollen hieße, den tatsächlichen Zustand unserer Staatenwelt ebenso zu leugnen wie die Doppelnatur des Menschen.

Solange fehlgehender menschlicher Wille durch negativen Gebrauch von Macht und Gewalt die Beziehungen zwischen den Staaten und die internationale Ordnung gefährden kann, muß er mit Hilfe von Gegenmacht und Gegengewalt in Schranken gehalten werden. Internationale Verantwortung läßt sich nicht ohne militärische Macht wahrnehmen.

## Ethische Verantwortbarkeit von Macht

Macht ist kein Wert an sich, auch militärische Macht gewinnt ihren Wert und Sinn erst aus ihrer Legitimation und ihrer ethischen Verantwortbarkeit. Für uns legitimiert sich der Gebrauch von Macht aus der zentralen Aufgabe des Staates, die von unserer Verfassung als höchstes Gut gesetzte Menschenwürde zu schützen. Der Schutz von Würde und Freiheit des Menschen ist gleichbedeutend mit dem Schutz der freiheitlichen Demokratie und des Völkerrechts. Wo diese Werte gefährdet oder verletzt werden, ist der Gebrauch von Macht zur Gegenwehr ethisch vertretbar und geboten. Eine unserem Verfassungsbild verantwortliche Politik kann weder nach innen noch nach außen ohne Macht auskommen. Dabei steht außer Frage, daß die Anwendung militärischer Macht als Gegengewalt nur die ultima ratio, das letzte äußere Mittel zur Verteidigung gegen eine Aggression und zur Wahrung des Völkerrechtes sein kann.

Die Erkenntnis, daß auch im Zusammenleben der Völker die eigene Freiheit immer zugleich die Freiheit der anderen umfaßt und nur unter der Herrschaft des Rechts gedeiht, ist eine von uns allen geteilte Grundauffassung. Sie ist Voraussetzung für einen Frieden in Freiheit und Würde, der nur unter diesen Bedingungen als höchstes Ziel gelten kann. Der Theologe Karl Barth hat in den 30er Jahren geschrieben, daß „der Friede um jeden Preis eine tief unmenschliche, aber auch tief unchristliche Angelegenheit“ sein kann. Nach seinen Worten gehört „zum rechten Staat auch das, daß er den Frieden schützt, ... und zwar den Frieden, der der Gerechtigkeit und der Freiheit dient und in Gerechtigkeit und Freiheit zustande kommt“.

## Verantwortungsvolle Politik als Leitmotiv

Einer Friedensethik, die mehr sein will als nur die Beschwichtigung des Bösen, darf die bewaffnete Verteidigung des Guten nicht fremd sein. In einer durch menschliche Unzulänglichkeit und konkurrierende nationale Interessen geprägten Welt ist die Vorstellung von Frieden ohne Macht eine gefährliche Illusion. Freiheit und Recht als unverzichtbare Voraussetzungen eines gerechten Friedens sind dauerhaft nur gewährleistet, wenn der Rückgriff auf Macht ihnen Geltung sichern und durchsetzen hilft. Daraus ergeben sich Richt- und Orientierungspunkte für eine verantwortungsvolle und moralgeleitete Politik, um Staat und Bevölkerung gegen Gewaltandrohung und Unterwerfung unter einen fremdem Willen zu schützen und erforderlichenfalls zu verteidigen.

Als Mitglied in einem Verteidigungsbündnis freier Staaten schließt das für die Bundesrepublik Deutschland die freiwillige Verpflichtung zum Beistand für unsere Verbündeten ein, wenn diese bedroht oder angegriffen werden. Von dieser Solidarität auf Gegenseitigkeit haben wir Deutschen über Jahrzehnte profitiert. Sie war Grundlage unserer Sicherheit und hat uns letztlich erst die deutsche Einheit ermöglicht. Auf diesem Fundament steht auch in Zukunft unsere Sicherheit.

Zu Sicherheit und Schutz des Friedens werden wir künftig aber auch zusätzlicher internationaler Verantwortung gerecht werden müssen. Die Völkergemeinschaft erwartet vom ver-

einten Deutschland, daß es in der weltweiten Sicherung des Friedens und der Geltung des Völkerrechts den seinem politischen Gewicht entsprechenden Beitrag übernimmt. Neben vielen anderen Handlungsfeldern gehört dazu auch die Bereitschaft, erforderlichenfalls militärische Aufgaben der Friedenssicherung zu übernehmen. Diesen Erwartungen können wir uns – auch aus wohlverstandenen eigenen Interesse – nicht entziehen. Daraus werden sich für die Streitkräfte neue Aufgaben



**Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg, MdB: Ein sicherer Friede ist die Basis eines geordneten Zusammenlebens zwischen Völkern.**

ergeben, wie sie gegenwärtig in der politischen Diskussion stehen. Hierzu müssen wir klare politische und rechtliche Voraussetzungen schaffen, die unseren Pflichten als Mitglied der Vereinten Nationen ebenso entsprechen wie dem Erfordernis gemeinsamer Handlungsfähigkeit in einer Europäischen Politischen Union.

Mit aller Kraft für den Frieden und ein besseres Zusammenleben der Völker zu arbeiten und zugleich militärische Sicherheitsvorsorge zu gewährleisten, das ist kein Gegensatz, sondern bleibt als Begriffspaar ein Gebot verantwortlicher Politik. In diesem Sinne ist unsere Bundeswehr auch in Zukunft das militärische Machtmittel einer demokratisch legitimierten und ethisch verantwortbaren Sicherheitspolitik. Sie gewährleistet den eindeutigen Schutz von Freiheit und Recht in Frieden. Sie dient unserer Bündnisfähigkeit und unserer außenpolitischen Gestaltungskraft, um zu einer friedlichen und gerechten internationalen Ordnung beizutragen. ■

# Entwicklungshilfe ist praktizierte Friedenspolitik

Carl-Dieter Spranger

**Wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und individuelle Entfaltungsspielräume werden nur möglich, wenn das friedliche Zusammenleben der Menschen garantiert ist. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Es besteht gleichwohl Anlaß, auf diesen Zusammenhang immer wieder hinzuweisen.**

Die deutsche Politik nach innen wie nach außen ist auf das friedliche Wohlergehen der Menschen ausgerichtet. Selbstverständlich verstehen wir auch unsere Entwicklungspolitik als Friedenspolitik, denn sie trägt dazu bei, die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen.

## **Frieden – Problem der internationalen Völkergemeinschaft**

Der Krieg am Golf, die fortwährenden Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen im südlichen Afrika, die Bürgerkriege im Sudan, in Äthiopien, in Afghanistan und in anderen Teilen der Dritten Welt verdeutlichen, daß die Erhaltung des Friedens als Grundvoraussetzung für Entwicklung ein immer dringender werdendes Problem der internationalen Völkergemeinschaft ist.

Bei der Bewältigung von Kriegsfolgen ist die internationale Staatengemeinschaft künftig noch stärker als bisher gefordert. Sie muß – auch mit entwicklungspolitischen Mitteln – ihr Engagement für die Erhaltung des Friedens in der Dritten Welt verstärken.

Wie jeder Staat, so haben auch die Entwicklungsländer legitime Sicherheitsinteressen. Wir erkennen an und akzeptieren, daß jedes Land Vorkehrungen trifft, die seine Sicherheit garantieren. Allerdings ist festzustellen, daß viele Länder Armeen unterhalten, deren Umfang mit dem Argument der Landesverteidigung nur schwerlich zu rechtfertigen ist. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die überdimensionierten Streitkräfte häufig nicht nur äußere Feinde abschrecken sollen, sondern auch der innenpolitischen Machterhaltung dienen. Streitkräfte, die erkennbar nicht nur der Landesverteidigung dienen, werden von anderen Staaten der Region als Bedrohung empfunden, was bei diesen wiederum zu verstärkter Aufrüstung führt mit der Konsequenz, daß sich die Rüstungsspi-

rale fortsetzt und diese Länder immer weniger Mittel für ihre eigenen Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stellen können.

Das ideologische und praktische Scheitern des Sozialismus führte zum Abbau des Ost-West-Konfliktes und zu positiven Auswirkungen auch für



**Carl-Dieter Spranger, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Potentielle Krisen entschärfen.**

das Zusammenleben der Entwicklungsländer. Regionalen Konflikten wurde damit die Grundlage entzogen. Sichtbar wird dies beispielsweise in Angola, wo sich nunmehr ein Ende des seit 16 Jahren andauernden Bürgerkrieges und Freiheitskampfes abzeichnet.

Dieser Wandel der Ost-West-Konfrontation zur West-Ost-Kooperation, die weltweite Hinwendung zu demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnungen und zur freien und sozialen Marktwirtschaft können in ihrer Signalwirkung für die Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung sein.

Zwar diente der Ost-West-Konflikt häufig nur als ideologischer Überbau für Spannungen, die regionalen Ur-

sprungs waren. Dennoch scheint die Zeit – hoffentlich unumkehrbar – vorbei zu sein, da kriegerische Konflikte in der Dritten Welt sich zu „Prestige-Angelegenheiten“ der antagonistischen Weltmächte entwickeln.

Der Golf-Krieg hat mit erschreckender Brutalität deutlich gemacht, daß eine ungezügelter Lieferung von Rüstungsmaterial in Dritte-Welt-Länder keineswegs der regionalen Konfliktberuhigung dient.

Dies wird inzwischen weltweit so gesehen, und es bleibt zu hoffen, daß der politische Gleichschritt, mit dem West und Ost der Aggression am Golf erfolgreich begegnet sind, andauert und zu einem weltweit geschärften Verantwortungsbewußtsein führt.

Das eröffnet dann die Chance, Entwicklungsländer, deren Rüstungsausgaben überdimensioniert sind, davon zu überzeugen, daß dies nicht nur die Nachbarstaaten als Bedrohung empfinden müssen, sondern daß die in erheblichem Maße gebundenen Haushaltsmittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Länder einzusetzen sind.

## **Rüstungsexport – Kontrollen durchführen**

Auch hier beginnt sich ein internationaler Konsens abzuzeichnen, an dessen Zustandekommen die Bundesregierung maßgeblich beteiligt ist. Sowohl in den Vereinten Nationen, als auch in der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung (OECD), bei der Weltbank und in europäischen Staaten, steht das Thema der Rüstungsausgaben von Entwicklungsländern auf der Tagesordnung. Erst kürzlich hat auch der japanische Regierungschef darauf hingewiesen, daß die Entwicklungsländer nicht länger damit rechnen dürften, einerseits erhebliche öffentliche Entwicklungshilfemittel zu erhalten, um andererseits die vorhandenen eigenen Ressourcen für den Unterhalt eines übermäßigen militärischen Apparats aufzuwenden.

Die Rüstungsausgaben der Staaten der Dritten Welt sind von 1965 bis 1988

um durchschnittlich 7,5 % pro Jahr gestiegen. Während die Entwicklungsländer 1960 noch 10 % der weltweiten Rüstungsausgaben tätigten, stieg ihr Anteil in den 80er Jahren zeitweise auf 25 % an. 1989 betrug die Militärausgaben der Entwicklungsländer rund 140 Mrd US-\$, während die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe für diese Länder mit ca. 45 Mrd US-\$ lediglich ein Drittel dieser Summe ausmachte.

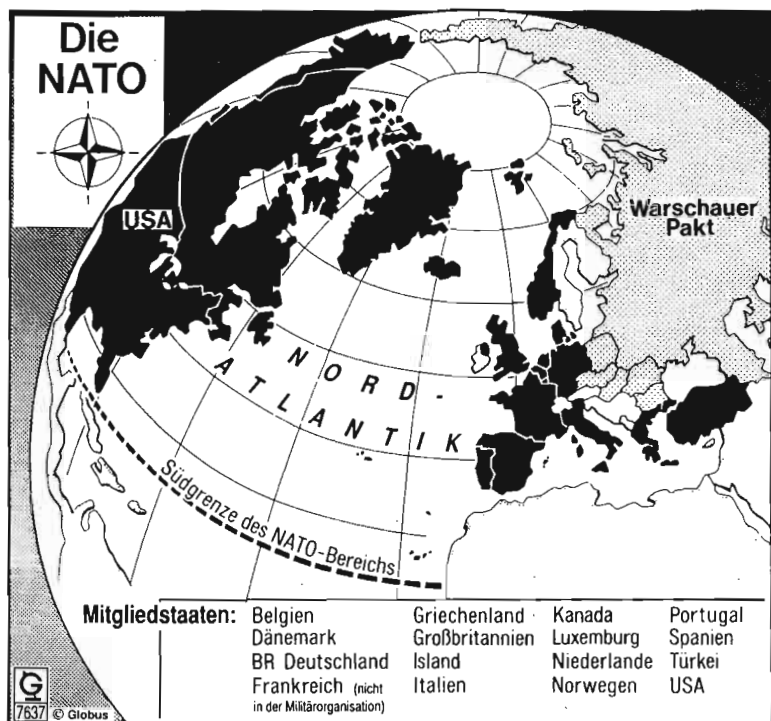
Begünstigt wurde das Tempo der Aufrüstung vor allem durch die Rüstungsexporte der Industrieländer. 1987 gingen 80 % aller Rüstungsexporte in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Insofern tragen die rüstungsexportierenden Industrieländer eine Mitverantwortung für die weltweite Erhaltung des Friedens. Anders formuliert: Indem sie – wie die Bundesrepublik Deutschland – rigoreuse Waffenexportkontrollen durchführen, tragen sie zur Erhaltung des Friedens und zur langfristigen Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit bei. Dazu gehört, daß die internationale Gebergemeinschaft im Gleichklang mit den Vereinten Nationen auf Friedensstörer und Bürgerkriegsparteien in Entwicklungsländern frühzeitig, entschieden und konzertiert einwirkt und auch ihre entwicklungspolitischen Instrumente für die Erhaltung des Friedens in der Dritten Welt einsetzt.

Bei gemeinsamen, konsequenten Vorgehen der Geberländer bedeutet dies in letzter Konsequenz, daß Regierungen, die durch militärische Überrüstung den Frieden gefährden, kriegsführende Parteien und Staaten, in denen Bürgerkrieg herrscht, nicht mehr mit staatlicher Hilfe rechnen können.

Dabei stellt sich für einen Entwicklungspolitiker die Frage, nach welchen Kriterien festgestellt werden kann, daß ein Land einen überdimensionierten Militärapparat unterhält. Die Bewertung, ob der Militarierungsgrad eines Landes ein „legitimes“ Niveau hat, oder ob eine Überrüstung vorliegt, kann nicht von subjektiven Einschätzungen abhängen. Wir müssen vielmehr Kriterien finden, die objektiv nachvollziehbar sind und die von der internationalen Staatengemeinschaft mitgetragen werden können.

Solche Kriterien müßten u.a. berücksichtigen:

- Das ökonomische Potential und die regionale Sicherheitslage des jewei-



ligen Landes. Hier sind Einzelfallbetrachtungen erforderlich, die auch soziale, außen- und innenpolitische sowie strategische Besonderheiten jeweils mit einbeziehen.

- Der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt eines Landes.
- Das Verhältnis von Militärausgaben zu Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen eines Staates.
- Das Verhältnis von Rüstungsimporten zu den Gesamtimporten eines Landes.
- Eine Schwierigkeit bei der Anwendung solcher Kriterien ergibt sich aus dem vorhandenen Datenmaterial über Entwicklungsländer. Statistiken über Rüstungs- und Militärausgaben sind unvollständig und oft wenig vergleichbar. Andererseits publizieren die amerikanische „Arms Control and Disarmament Agency“ (ACDA) oder das „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI) und das Londoner „International Institute for Strategic Studies“ (IISS) Datenmaterial, das durchaus als Grundlage für die Beurteilung der Frage nach Überrüstung verwendet werden könnte.

Nicht zuletzt aufgrund der deutschen Initiativen steht das Thema der Überrüstung als Hemmnis für die Entwicklung eines Landes auf der internationalen Tagesordnung. Die Entwicklungsländer können zwar mit Grund

von den Industrieländern erwarten, daß die im Zuge der Ost-West-Entspannung freiwerdenden Mittel prioritär ihnen zugute kommen. Sie müssen sich aber ebenfalls der gleichen Diskussion stellen und bereit sein, ihren Beitrag bei der Umwidmung von Militärausgaben zugunsten von Investitionen im Sozial-, Gesundheits- oder Bildungsbereich zu leisten.

### Investitionen im Bildungsbereich leisten

Denn Sicherheit und Bedrohung haben neben der militärischen besonders auch ökonomische, soziale und ethnische Dimensionen. Strukturelle Entwicklungsrückstände und soziale Gegensätze in den Entwicklungsländern bieten oftmals den eigentlichen Nährboden für Krieg, Gewalt und Rüstung. Die Entwicklungspolitik muß daher einerseits helfen, sozio-ökonomische Spannungen durch Förderung des gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses abzubauen und dadurch potentielle Krisen zu entschärfen. Sie muß um ihrer Glaubwürdigkeit willen auch verstärkt die Rüstungs- und Militärpolitik der Empfängerländer berücksichtigen.

Es muß – im Interesse beider Seiten – vermieden werden, daß einerseits die Entwicklungsländer ihre Sozialausgaben und Wirtschaftsförderung mit Mitteln der Entwicklungshilfe finanzieren, andererseits die vorhandenen eigenen Ressourcen vermehrt für Militärausgaben einsetzen. ■

# Friedensethik im Widerstreit

## 36. Gesamtkonferenz evangelischer Militärseelsorge

Udo Hahn

**Bei keinem anderen Thema schlagen derzeit im Protestantismus die Wellen so hoch wie bei der Militärseelsorge. Der Streit wogt schon seit Wochen hin und her, ohne daß ein Ende sichtbar wäre. Vordergründig geht es um das Wie einer Seelsorge unter Soldaten.**

In der alten Bundesrepublik gilt der 1957 geschlossene Militärseelsorgevertrag zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem Staat. Darin vereinbarten die beiden Vertragspartner, „die freie religiöse Betätigung und die Ausübung der Seelsorge in der Bundeswehr zu gewährleisten“. Die Militärseelsorge geschieht „im Auftrag und unter Aufsicht“ der Kirche, wobei der Staat die Kosten trägt. Bislang sperren sich die ostdeutschen Landeskirchen gegen einen Beitritt zu diesem Vertragswerk. Generell wird die seelsorgerliche Begleitung von Soldaten bejaht. Die jedoch in der Verantwortung von Gemeindepfarrern liegen soll.

Der Hauptvorwurf aus den evangelischen Landeskirchen in den neuen Ländern lautet, die Kirche dürfe durch die organisatorische Einbindung der Militärseelsorge in die Bundeswehr nur als „stabilisierender Faktor der Armee“ wirken. So brachte erst kürzlich der Ost-Berliner Propst Hans-Otto Furian die Kritik auf den Punkt. Für die evangelischen Kirchen in der ehemaligen DDR, so ergänzte er, hätten auch die Beschlüsse ihres Kirchenbundes nach wie vor Gültigkeit, wonach die Verweigerung des Militärdienstes das „deutlichere Zeichen der Nachfolge Jesu“ sei. Mit diesen Hinweisen treten die eigentlichen Schmerzpunkte zutage. Hinter der Kritik an der Militärseelsorge verbergen sich im Grunde ungelöste theologische Fragen wie beispielsweise das Verhältnis der Kirche zum demokratischen Staat und das des Christen zum Soldaten.

Nach den Worten von Militärbischof **Heinz-Georg Binder** gewinnt der Streit über die Organisationsform der Bundeswehr

noch mehr an Gewicht, wenn sich damit ein Prinzipienstreit über kirchliche Friedensethik verbinde. Während die einen in der Kirche den Waffendienst des Staates zur Aufrechterhaltung einer nationalen wie internationalen Rechtsordnung für erforderlich hielten, gehe es anderen um die Frage, ob sich der Protestantismus zu einer Friedenskirche entwickle, die in der Kriegsdienstverweigerung den Regelfall für Christen sehe. Vor diesem Hintergrund ergäben sich ganz natürlich Vorbehalte gegen das Modell der Militärseelsorge. Die enge Verbindung mit den Soldaten werde als unerlaubte „Option für die militärische Friedenssicherung“ gesehen.

In eine ähnliche Richtung zielt nach Binders Auffassung die aus der früheren DDR stammende These von der Kriegsdienstverweigerung als dem „deutlicheren Zeugnis“. Diese „ärgerliche Formelsprache“ mache Soldaten zu „Christen minderen Wertes“, hatte er erst kürzlich erklärt. Heinz-Georg Binder ließ Weitsicht erkennen mit der Bemerkung, man müsse die Frage nach der Militärseelsorge von der Frage nach einer friedensethischen Position trennen. Es gehe darum, die pastorale Verantwortung für Menschen in den Vordergrund zu rücken.

Die Positionen der Wortführer gegen die Militärseelsorge in den ostdeutschen Landeskirchen verraten in erschreckender Weise eine Unkenntnis über das Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland. Es hat den Anschein, als werde noch immer die totalitäre SED-Diktatur mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichgesetzt. Die Lektüre der Demokratie-Denkschrift der EKD aus dem Jahre 1985 würde jedoch zutage fördern, daß Christen dem Staat keinesfalls unkritisch gegenüberzustehen haben, sondern ihn als Angebot und Aufgabe begreifen könnten, der das Engagement aller zur Förderung des Gemeinwohls ermöglichen.

Inzwischen haben sich die Auseinandersetzungen um die Militärseelsorge dadurch beruhigt, daß der kirchliche Einigungsvertrag eine drei- bis vierjährige Übergangszeit vorsieht, in der die Landeskirchen in den neuen Bundesländern eigene Regelungen erproben wollen, die eine stärker gemeindeorientierte Seelsorge an Soldaten vorsieht. Bei einem ersten Erfahrungsaustausch auf der Konferenz der Militärggeistlichen in Friedrichshafen wurden von den ostdeutschen Kirchenvertretern aus Görlitz, Greifswald, Thüringen und vom Kirchenbund verständliche Töne angeschlagen.

Der Greifswalder Oberkonsistorialrat **Christoph Ehrlich** bekannte, daß der Wunsch nach kirchlicher Begleitung und Vermittlung unter den Soldaten in der ehemaligen NVA und jetzigen Bundeswehr-Ost überraschend groß sei. Die ins Auge gefaßte Gemeindeorientierung reiche jedoch nicht aus, es müßten **entsprechende Strukturen** aufgebaut werden. Daß die östlichen Landeskirchen erst einmal eigene Wege gingen, müsse aufgrund der historischen Situation gesehen werden. Am Ende der Übergangszeit werde sich die bessere Praxis wohl durchsetzen. Der Vorsitzende des thüringischen Arbeitskreises von Beauftragten für die Soldatenseelsorge, Pfarrer **Erhard Graf**, ging noch einen Schritt weiter. Graf sieht schon heute die Grenze der Belastbarkeit bei Gemeindepfarrern erreicht: „Wenn wir es mit der Seelsorge an Soldaten ernst meinen, ist die Frage naheliegend, wann sich die Kirche zu Sonderpfarrämtern durchringen kann.“ Am Ende komme es vielleicht sogar zu einer vertraglichen Regelung.

Man würde diese Voten sicherlich überbewerten, wollte man daraus bereits einen Meinungsumschwung zugunsten des Militärseelsorgevertrags in seiner jetzigen Form ableiten. Auffällig ist aber doch, daß in einem Augenblick, da in den westdeutschen Landeskirchen die Kritik wächst, in den ostdeutschen je-

doch zunehmend Sympathie für dieses Vertragswerk entsteht, nachdem sich immer mehr vor Ort in den Kasernen sachkundig machen. Statt die Frage der Seelsorge unter Soldaten pragmatisch zu lösen, spielen in den alten und neuen Bundesländern immer mehr ideologische Gründe eine Rolle. Es muß verwundern, daß immer wieder der **Beamtenstatus der Militärggeistlichen als Hindernis angesehen wird**. Bei Religionslehrern oder Gefängnisseelsorgern gab es diesbezüglich noch nie Diskussionen.

Zwar hat **Hartmut Löwe**, Präsident im Kirchenamt der EKD, erklärt, das Kirchenamt für die Bundeswehr müsse keine dem Verteidigungsministerium nachgeordnete staatliche Behörde bleiben, sondern solle und könne eine rein kirchliche Stelle werden, doch hält Generaldekan **Reinhard Gramm** von solchen Ideen nichts. Bei einem solchen Modell, die Militärseelsorge rein kirchlich zu organisieren, wäre man national wie international abgeschnitten und bleibe „draußen vor der Tür“ und nicht bei den Soldaten.

Die wachsende Kritik an der Militärseelsorge belastet auch das Verhältnis zwischen evangelischer und katholischer Kirche, die noch in diesem Jahr erste hauptamtliche katholische Soldatenseelsorger ernennen will – und das, obwohl die Katholiken in den neuen Bundesländern in der Diaspora leben und zahlenmäßig in der Bundeswehr-Ost kaum ins Gewicht fallen dürften. Dies ist eine Grundsatzentscheidung, wie der Leiter des katholischen Militärbischofsamtes, Generalvikar **Ernst Niermann**, feststellte. Er bedauerte, daß evangelische Militärggeistliche nicht in den neuen Bundesländern tätig sein könnten. „Die Kirche muß dort hingehen, wo sie die Menschen findet und wo ihr Türen für Seelsorge und Verkündigung geöffnet werden“, hatte der württembergische Landesbischof **Theo Sorg** erklärt. Deshalb darf die Militärseelsorge, so muß man deutlich herausstellen, nicht auf dem Altar ideologischer Interessen geopfert werden.

# Erfolge und Probleme der sozialen Marktwirtschaft

Horst Schröder

**Der Gedanke der sozialen Marktwirtschaft stellt den Versuch dar, zu einer Synthese zwischen Einsichten in die Unabdingbarkeiten des Marktgeschehens und der Bemühung, dieses marktwirtschaftliche Organisationsgebilde mit sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritten vereinbar zu machen.**

Die Väter der sozialen Marktwirtschaft wollten in einer neuen Wettbewerbsordnung gleichzeitig eine soziale Ordnung schaffen, die, mit der Marktwirtschaft vereinbar, ein möglichst hohes Maß sozialer Sicherung und Gerechtigkeit verwirklicht. Aber es wäre falsch, wenn man dem Gedanken der sozialen Marktwirtschaft folgt, **allein** den Produktions- und den Wachstumsprozeß zu betonen. In der Realität können wir nicht nur auf die Markt Vorgänge blicken, sondern wir haben die staatliche Organisation zu sehen, die durch Besteuerung und Sozialversicherung die Einkommensbildung, die sich in einer nicht vorherbestimmbaren Streuung aus dem Marktgeschehen ergibt, zu korrigieren hat. Der größte Teil dieser Korrekturen betrifft die soziale Gestaltung dieses Markt Vorganges selbst, die durch die verschiedenen Arten der Sozialversicherung, durch Renten, Wohngelder, Prämien zur Vermögensbildung eine soziale Umverteilung vollzieht. Diese verbietet es, ausschließlich Markt und Einkommensbildung als Kriterium unserer Wirtschaftsgesellschaft zu nehmen.

Der erste Schritt zum Erfolg der sozialen Marktwirtschaft mochte in der Zeit ihrer Begründung seit 1946 die Feststellung sein, daß ein Wettbewerbsystem bei relativ stabilen Preisen durch **einen hohen Wachstumsgrad** gekennzeichnet ist. Ein starkes Produktionswachstum bei stabilem und wachsendem Anteil der Masseneinkommen muß als solches schon als sozialer Vorteil gewertet werden. Nach vier Jahrzehnten Entwicklung der Marktwirtschaft ist dieses Anwachsen des Realeinkommens aller Arbeitenden allgemein anerkannt, auch im Kreise der deutschen Sozialisten. Die Vorstellung, man könne dieses Wettbewerbssystem wie einen Motor aus der Marktwirtschaft ausbauen und in ein zentrales Lenkungssystem, wie im Osten, einbauen, dürfte eine Illusion sein.

Allein die noch nach fünfzig Jahren Sowjetwirtschaft in Rußland und auch

in den Satellitenländern feststellbare geringere Konsumversorgung sollte diesen Systemen den Nimbus sozialen Fortschritts nehmen. Die Vorstellung, man könnte die Marktwirtschaft mit Elementen der zentralen Lenkung stärker anreichern, die Systeme des Ostens könnten mehr Marktwirtschaft sich eingliedern, also die sogenannte Konvergenzthese beider Systeme, kann heute als gescheitert angesehen werden.

Wer also soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit – auch diese gehört zu den sozialetisch unabdingbaren Postulaten – erreichen will, wird dies nur auf der Basis einer marktwirtschaftlichen Ordnung verwirklichen können.

## Keine Utopie – reale Wirtschaftsordnung

Die soziale Marktwirtschaft ist keine Utopie, sondern eine reale Wirtschaftsordnung. Ich möchte sie als eine irenische Formel bezeichnen, die versucht, die Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit und des wirtschaftlichen Wachstums in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen. Sie bedarf der Weiterführung, der Vervollkommnung und auch der kritischen Sichtung. Hier sind auch nach 40-jährigem Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft noch erhebliche Probleme zu bewältigen. Ich nenne nur die Stichworte:

- Realisierung einer gerechteren Vermögensverteilung durch geeignete Maßnahmen der Vermögensbildung
- Verschärfung des Kartellrechts, um eine weitere Monopolisierung in wichtigen Wirtschaftsbereichen zu verhindern
- Einen größeren Beitrag zur Entwicklungshilfe, um das Gefälle zwischen reichen und armen Volkswirtschaften nicht immer größer werden zu lassen

- Umweltschutzaufgaben, die uns weiter ein lebenswertes Leben ermöglichen und uns nicht zum Sklaven moderner, aber umweltgefährlicher Fabrikationen machen

- Neu hinzugekommen ist die geradezu gigantische Aufgabe, die ehemaligen DDR-Gebiete in die soziale Marktwirtschaft zu überführen.

Hier liegt eine gewaltige Herausforderung für das Ordnungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft, die auch Fragwürdigkeiten und offensichtliche Grenzen der Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft zeigen. Auf die ethische Relevanz der heutigen Herausforderungen für die soziale Marktwirtschaft weist Papst Johannes Paul II. in seiner neuen Sozialzyklika „Centesimus Annus“ hin:

„Für einige Länder Europas beginnt in gewissem Sinne die eigentliche Nachkriegszeit. Die radikale Neuordnung der bisherigen Kollektivwirtschaften bringt Probleme und Opfer mit sich, die sich mit jenen vergleichen lassen, die die westlichen Länder des Kontinents für ihren Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg auf sich nahmen. Es ist nur gerecht, daß die ehemals kommunistischen Länder in den derzeitigen Schwierigkeiten der solidarischen Hilfe der anderen Nationen unterstützt werden. Natürlich müssen sie selbst die ersten Baumeister ihrer Entwicklung sein; aber es muß ihnen eine entsprechende Möglichkeit dazu geboten werden. Das kann nur mit der Hilfe der anderen Länder geschehen.“

Die derzeitige von Schwierigkeiten und Mangel geprägte Lage ist die Folge eines historischen Prozesses, in dem die ehemaligen kommunistischen Länder meist Objekt und nicht Subjekt waren. Sie befinden sich also nicht auf Grund ihrer freien Entscheidung oder auf Grund begangener Irrtümer in dieser Situation, sondern infolge tragischer geschichtlicher Ereignisse, die ihnen gewaltsam aufgezwungen wurden und die sie daran gehindert haben, den Weg der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu gehen.

Die Hilfe der anderen, vor allem der europäischen Länder, die an dieser Geschichte teilgenommen haben und dafür Mitverantwortung tragen, entspricht einer Verpflichtung der Gerechtigkeit. Aber sie entspricht auch

*„Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist.“*

Ludwig Erhard

dem Interesse und dem allgemeinen Wohl Europas. Europa wird nicht in Frieden leben können, wenn die vielfältigen Konflikte, die als Folge der wirtschaftlichen Niedergang, sich durch politischen Unzufriedenheit und Verzweiflung verschärfen.“

#### Funktion der Investitionen

In Bezug auf die Verhältnisse in den neuen Bundesländern – das gleiche gilt aber sicher auch für die Situation in den anderen osteuropäischen Ländern – paßt zutreffend, was in der Sozialen-

zyklika über die Funktion der Investitionen gesagt wird: „Ich weise auch darauf hin, daß eine Entscheidung, lieber an diesem als an jenem Ort, lieber in diesem und nicht in einem anderen Sektor zu investieren, immer auch eine moralische und kulturelle Entscheidung ist. Unumgängliche wirtschaftliche Bedingungen und politische Stabilität vorausgesetzt, wird die Entscheidung zu investieren, das heißt, einem Volk die Chance zu geben, seine eigene Arbeit zu verwerten, auch von einer Haltung der Sympathie und von dem Vertrauen in die Vorsehung bestimmt. Gerade darin kommt die menschliche Qualität dessen zum Vorschein, der die Entscheidung trifft.“

#### Ausblick

Wir verteidigen in der sozialen Marktwirtschaft nicht nur die Erfahrungen der Vergangenheit, sondern ebenso die Überzeugung, daß eine humane Leistungsgesellschaft, die diesen Namen verdient, nur durch die soziale Marktwirtschaft gesichert werden kann. Keine Maßnahme der Zukunft wird sich realisieren lassen, wenn wir nicht die marktwirtschaftlichen Kräfte für die Gestaltung unserer Zu-

kunft nutzen und sie mit den inhärenten Gestaltungskomponenten der sozialen Gerechtigkeit und der persönlichen Entfaltungsfreiheit verbinden.

Die ethische Relevanz der sozialen Marktwirtschaft wird in „Centesimus Annus“ in Worten zusammengefaßt, mit denen ich abschließen möchte: „Es wird vergessen, daß das Zusammenleben der Menschen weder den Markt noch den Staat zum Endziel hat. Es besitzt in sich selber einen einzigartigen Wert, dem Staat und Markt dienen sollen. Der Mensch ist vor allem ein Wesen, das die Wahrheit sucht und sich bemüht, sie zu leben und sie in einem dauernden Dialog zu ergründen, der die vergangenen und die künftigen Generationen einbezieht.“

Wir brauchen die **Wiederentdeckung der Ethik**, die unser Wirtschafts- und Sozialleben beseelen sollte, die uns von der einseitigen Ausrichtung auf Profit und materiellen Genuß wieder zu den geistigen Grundlagen der Väter der sozialen Marktwirtschaft, nämlich einer freiheitlichen Gemeinwohlorientierung hinführen sollte.

**Ann.:** Horst Schröder, jahrelang CDU-Bundestagsabgeordneter, ist jetzt Präsident des Landesrechnungshofes des Landes Sachsen-Anhalt.

# Entwicklungspolitik zwischen Demokratie und Menschenrechten

Ludwig Watzal

**Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt ist an den Ländern südlich der Sahara und in Mittelamerika weitgehend vorbeigegangen. Die Bilanz der letzten drei Dekaden ist deprimierend. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. So ging das Pro-Kopf-Einkommen in Subsahara-Afrika seit 1980 2,5 Prozent pro Jahr zurück. Lichtblicke gibt es nur im kleinen.**

Die Ursachen für die ausbleibenden Entwicklungserfolge sind bekannt: hohes Bevölkerungswachstum, extreme Abhängigkeit im Export von einzelnen Rohstoffen, Protektionismus der Industrieländer, hohe Verschuldung, niedriger Ausbildungsstand der Bevölkerung, Eingriffe des Staates in den Wirtschaftskreislauf, parasitäre Eliten u. v. m.

Daneben bahnt sich auf der globalen Ebene eine Katastrophe an, die apokalyptische Dimensionen annehmen kann. Die apokalyptischen Reiter kommen daher in Form der **globalen Umweltzerstörung**, des Treibhauseffektes, Tschernobyl, der schwinden-

den Ozonschicht, der Landschaftszerstörung und Bodenerosion, der Abholzung der Regenwälder, der chaotischen **Zunahme der Weltbevölkerung** sowie einer Migrationswelle von Süd nach Nord, so daß eine Haltung wie „Weiter so!“ gerade selbstmörderisch wäre. Die „Zwei-Drittel-Welt“ bemächtigt sich peu a peu des reichen Drittels. Wer will es ihnen verdenken. Bisher sind sie mit den Brosamen der Zivilisation abgefunden worden. Sollte sich die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2030 tatsächlich verdoppeln, wie Bevölkerungswissenschaftler vermuten, steht der Kollaps ohnehin ins Haus. Eine Versorgung dieser Anzahl von Menschen würde eine zehnfache

Steigerung des Weltwirtschaftsvolumens voraussetzen. Auf der Grundlage dieser nicht gerade rosigen Aus-



sichten ist eine konzertierte Aktion Umwelt- und Entwicklungspolitik ein Gebot der politischen Vernunft.

## Herausforderungen kollektiv lösen

Sind wir überhaupt verpflichtet, uns um all diese Probleme zu kümmern und Entwicklungshilfe zu leisten? Oswald von Nell-Breuning nannte es einmal ein Gebot der Klugheit, ja des Selbsterhaltungstriebes, den Entwicklungsländern zu helfen.

Worin besteht die ethische Pflicht zur Hilfe? Christen begründen ihre Hilfe gegenüber Dritten mit dem Gebot der Nächstenliebe, das sich wiederum aus der Liebe Gottes zum Menschen herleitet. Theologisch gesprochen, ist der Mensch Ebenbild Gottes. Eine solche Rechtfertigung läßt sich aber nicht ohne weiteres auf einen säkularen Staat übertragen. Hier müssen profanere Rechtfertigungsgründe vorgetragen werden. Verpflichtungsgründe wären die Menschenliebe (Philantropie) und die soziale Gerechtigkeit. Da die Menschheit ein gesellschaftliches Ganzes bildet (Weltgemeinwohl), ist Hilfe der Reichen für die Armen notwendig und ethisch geboten.

Die **globalen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, müssen von der Staatengemeinschaft kollektiv gelöst werden**, aber nach dem Motto: Jeder nach seinen Fähigkeiten. Es bedarf einer Wohlstandsangleichung, damit die Kluft zwischen arm und reich nicht noch größer wird. Es ist jedoch zu befürchten, daß dies eintritt. Die Weltbank kommt zu folgendem Resumé: „Vielen Entwicklungsländern ist es nicht nur mißlungen, mit den Industrieländern Schritt zu halten, ihre Einkommen sind vielmehr gesunken.“ Die wirtschaftlichen Fortschritte seien hauptsächlich den Eliten zugute gekommen.

Staatlicherseits wird ebenfalls betont, daß die Bundesregierung sowohl aus moralischer Verantwortung als auch politischer und wirtschaftlicher Weitsicht Entwicklungspolitik betreibe. Der rein interessenorientierte Standpunkt wurde in den letzten Jahren jedoch überbetont. Zeitweise schien es so, als sei das Entwicklungshilfeministerium für die Exportförderung der deutschen Wirtschaft zuständig. Es ist zu hoffen, daß die deutsche Entwicklungspolitik sich wieder stärker auf ihr humanitäres Erbe besinnt. Erste Zeichen der Hoffnung gibt es bereits. So hat der neue Entwicklungshilfeminister Spranger angekündigt, daß nur noch die Länder mit Entwick-

lungshilfe bedacht werden, die die **Menschenrechte achten und demokratische Strukturen fördern**. Aber warum bekommen dann die VR-China und Zaire immer noch Entwicklungshilfe?

Eine völlige Einstellung der Entwicklungshilfe, wie sie Brigitte Eler oder der Engländer Lord Bauer befürworteten, wäre moralisch nicht zu verantworten. Obwohl deren Kritik in Teilbereichen durchaus berechtigt erscheint, würde eine Einstellung der Entwicklungshilfe das „Drama“ Dritte Welt nur noch verschlimmern.

Eine Einstellung ließe sich auch politisch nicht durchsetzen, da Entwicklungshilfe ein lukratives Geschäft ist. So wehrt sich die Exportindustrie gegen die Bekämpfung der Armut und bezeichnet diese als „Sozialklimbim“. Sie ist nicht an Kleinprojekten interessiert, da Auslandshilfe den Wirtschaftsinteressen dienen soll.

## Umweltzerstörung stoppen

Der Ost-West-Konflikt ist weitgehend überwunden. Die reichen Länder des Nordens werden sich in den kommenden Jahrzehnten mit einem Nord-Süd-Konflikt auseinandersetzen müssen, der viel Einfallsreichtum bedarf. Denn dieser Konflikt läßt sich nicht tottrüsten. Deshalb darf der Nord-Süd-Konflikt nicht mit militärischen Kategorien gesehen werden. Der Besitz weniger moderner Waffen schafft noch nicht die Voraussetzungen für eine militärische Lösung des Konfliktes, wie das Beispiel des Iraks zeigt hat.

Die globale Gefahr liegt in der armuts- und profitbedingten Umweltzerstörung. So werden weite Gebiete Afrikas, Asiens und Lateinamerikas abgeholzt, um das tägliche Brennholz zu beschaffen oder um neues Ackerland zu gewinnen. Aber auch die großflächigen Rodungen multinationaler Holzkonzerne tragen zu dieser Umweltkatastrophe bei. Die Gefahr für das internationale System kommt aber von den Destabilisierungstendenzen und der „Chaosmacht“ der Entwicklungsländer.

Da sich die Sicherheit der Industrieländer nicht mehr allein durch militärische Mittel garantieren läßt, muß der Sicherheitsbegriff erweitert werden. Die Sicherheitspolitik muß stärker von der Entwicklungspolitik und der Öko-

logie her definiert werden. Um die ganze Tragweite des Nord-Süd-Konflikts begreifen zu können, müssen sich die Industrieländer bewußt werden, daß sie auch vor einer geistigen Herausforderung stehen.

Dem Phänomen wie Migration, Terrorismus, fundamentalistische Strömungen und Drogenhandel sind nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern auch Ausdruck einer tiefen geistigen Krise der Menschheit. So könnte auch der „Wandermensch“ als „Waffe“ eingesetzt werden, wie es Willy Wimmer, Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, in einer Rede in Mannheim ausgeführt hat.

In der Auseinandersetzung mit dem fundamentalistischen Islam ist vor dem Aufkommen eines neuen Feindbildes zu warnen. Nach dem Motto: „Marx zu Mohammed“ sollte die Auseinandersetzung mit dem Islam nicht geführt werden. Es muß vielmehr aufgezeigt werden, daß er in weiten Bereichen rückwärtsgerichtet ist und einer Aufklärung bedarf. Der Nord-Süd-Konflikt darf nicht den Ost-West-Konflikt ersetzen.

Die Politiker müssen sich davor hüten, hier eine neue Legitimationsbasis zu schaffen, die der Rüstungslobby das Denken und eine Konversion ihrer Industrie erspart. Der **islamische Fundamentalismus** läßt sich nicht militärisch eindämmen. Dagegen sollte sich Europa auf seine freiheitliche und christliche Tradition besinnen, um dem „Ansturm“ des Islam begegnen zu können. Die Auseinandersetzung findet nicht auf militärischem Gebiet, sondern auf dem geistig-kulturellen „Schlachtfeld“ statt.

Die westlichen Industrieländer haben auch zu ihrer eigenen Bedrohung beigetragen, indem sie Rüstungsgüter in unvorstellbarem Ausmaß in die Länder der Dritten Welt exportiert und die ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen konserviert haben. Ob der Golfkrieg der erste Krieg des Nordens gegen den Süden war, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Tatsache ist jedoch, daß es bei diesem Weltordnungskonflikt um die Ressource Öl ging.

Hätte sich der Irak durchgesetzt, wäre dem Westen die Kontrolle über das Golföl verloren gegangen. Der Verlust des Golfkrieges stellt für einen Teil der „arabischen Nation“ eine Demütigung dar, die, verbunden mit der Demütigung der Kolonialzeit, das



tigkeitsgefühl der Dritten Welt weiter steigern wird und zu einer Radikalisierung führen kann.

## Reduzierung des „ökonomischen“ Gefälles

Zwischen Nord und Süd bedarf es der Entwicklung eines Bewußtseins gemeinsamer Sicherheit. Entwicklungs- und Sicherheitspolitik bedarf der Koordination. Eine zukünftige europäische Sicherheitspolitik darf sich nicht den berechtigten Forderungen der Dritten Welt verschließen. Gefordert ist ein rigoroses Waffenexportkontrollgesetz, das nicht so leicht durch die ökonomischen Zwänge aus den Angeln zu heben ist. Kooperative Strukturen der Sicherheit zwischen Nord und Süd sind in Form einer globalen KSZE zu entwickeln. Über ein weltweites Verbot von ABC-Waffen wird schon erfolgreich nachgedacht, bedenkt man die jüngsten Vorschläge des amerikanischen Präsidenten George Bush.

Dauerhafte Sicherheit wird es aber erst dann geben, wenn das ökonomische Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern reduziert worden ist. **Eine „Wohlfahrtsfestung“ Europa läßt sich nicht mit Erfolg verteidigen.** Neben der Achtung der Menschenrechte bedarf es demokratischer Strukturen in den Ländern der Dritten Welt. Man sollte solche Länder durch kurzfristige Erhöhung der Mittel belohnen und eine Prämie für tatsächlich durchgeführte Reformen zahlen. Bei der Einführung demokratischer Verfassungssysteme ist aber darauf zu achten, daß ethnische Minderheiten nicht majorisiert werden und ihre kulturelle Identität bewahren können.

Unser Verhältnis zu den Entwicklungsländern ist durch eine strukturelle Gewalt gekennzeichnet. Die kommt deutlich im System der Weltwirtschaft und in den ökonomischen Abschottungen gegenüber Exporten aus der Dritten Welt zum Ausdruck. Der Agrarprotektionismus muß beseitigt werden, damit die Weltmarktpreise für Agrarprodukte steigen können.

Das Weltwirtschaftssystem muß auch die Interessen der armen Länder berücksichtigen. Die Südkommission schlägt als Modell für die Entwicklungsländer ein qualitatives Wachstum vor, daß die Einkommen der Armen steigert und die Umwelt schont.

Deutsche Entwicklungspolitik sollte für eine humane Entwicklung eintreten.



**Immer klarer werden heute die Zusammenhänge zwischen Verarmung und Umweltzerstörung erkannt.... Die Zahl der „Umweltflüchtlinge“ nimmt weiter zu.**

ten, die auf die Befriedigung der existenziellen menschlichen Bedürfnisse abzielt. Deshalb sind Projekte zu fördern, die die Eigeninitiative der Basis stärken und die Ökologie nicht schädigen. Lokale Ressourcen sind dabei besonders zu berücksichtigen. Einem eventuellen Konflikt mit Großgrundbesitzern oder Rohstoffexporteuren darf nicht ausgewichen werden.

Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte sollten Grundpfeiler deutscher Entwicklungspolitik sein. Dies heißt, daß den „Verdammten dieser Erde“ Teilhabe und Freiheit gebracht werden muß. Wie revolutionär das Konzept der Freiheit und der Menschenrechte sein kann, hat das Beispiel Osteuropa und die Folgen gezeigt. Überall auf der Welt werden die mittelalterlichen kommunistischen Regime gestützt. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die Fossile in Kuba und Peking auf dem „Müllhaufen der Geschichte“ landen.

Des weiteren muß ein Ressourcetransfer von reich zu arm stattfinden. Diese Ressourcen lassen sich in ungeahntem Ausmaß aus einer weltweiten Abrüstung gewinnen. Die Mittel, die dadurch freigesetzt würden, sollten in Menschen und nicht in Waffen investiert werden. Dies verlangt aber eine völlige Umorientierung unserer Politik und Lebenseinstellung. Da über 70 Prozent der Erdressourcen von nur ca. 16 Prozent der Bevölkerung konsumiert werden, scheint eine Entwicklung zuerst in der Ersten Welt beginnen zu müssen. Es geht, wie es Kurt Biedenkopf einmal genannt hat, um eine **Begrenzung durch eine Ethik der Verantwortung.** Eine solche Ethik wird unter anderem auch daran zu messen sein, ob die Industrieländer von einem expansiven Wirtschaftskurs Abschied nehmen, der die Lage der Ärmsten auf dem internationalen Kapitalmarkt dramatisch verschärft.

## Achtung der Menschenwürde überall

Gibt es schon ein solches Weltethos und wer soll es tragen? Ein solch weltweiter Konsens könnte nur von den Vereinten Nationen getragen sein. Deshalb bedarf es einer Stärkung dieser Institution. Die Achtung der Menschenwürde müßte als Basis eines solchen Ethos dienen, aber dies ist auch schon heftig umstritten. Eine große Anzahl Länder akzeptiert nicht den Universalitätsanspruch der Menschenrechte. Sie sind im christlich-abendländischen Kulturkreis entstanden und werden deshalb, insbesondere von politischen Fundamentalisten, bekämpft und abgelehnt. Ihrer Meinung nach seien sie zu individualistisch.

Betrachtet man die internationalen Proklamationen und Konventionen, so stellt man fest, daß sich die Weltgemeinschaft auf liberale, soziale und partizipatorische Rechtsgrundsätze geeinigt hat. Dieser Konsens mag zu der Hoffnung berechtigen, daß eines Tages ein globaler Menschenrechtsschutz und die Achtung der Würde des Individuums Konsens der Weltgemeinschaft sein könnte.

**Anm.:** Dr. Ludwig Watzal ist wissenschaftlicher Redakteur der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“.

# Bilanz des Evangelischen Kirchentags – Keine Kontroversen

K. Rüdiger Durth

**Nüchternheit prägte den 24. Deutschen Evangelischen Kirchentag im Ruhrgebiet. Die harten politischen Auseinandersetzungen und scharfen innerkirchlichen Kontroversen, die früher das alle zwei Jahre stattfindende größte protestantische Laientreffen der Welt prägten und für Schlagzeilen sorgten, blieben aus. Und kein Politiker wurde diesmal an den moralischen Pranger gestellt oder ausgepöfcht. Doch deshalb war es weder ein müder noch ein langweiliger Kirchentag.**

Unter der anspruchsvollen Losung „Gottes Geist befreit zum Leben“ versuchte die Kirchentagsleitung unter Erhard Eppler nicht nur eine gesellschaftliche Bestandsaufnahme vorzulegen, sondern auch Antworten auf die vor uns liegenden Herausforderungen zu formulieren. Das setzt auch Mut nach innen voraus, schließlich verfügt kaum eine einflußreiche Organisation über so viel unterschiedliche Interessen und Meinungen wie der deutsche Protestantismus.

Der Kirchentag, der sich als Forum für eine offene, aber christlich verantwortete Gesellschaft versteht, konnte und wollte der schwierig gewordenen deutsch-deutschen Begegnung nicht ausweichen. Dabei wurde er selbst ein unfreiwilliges Opfer der Nüchternheit. Nur 10.000 der ursprünglich 50.000 erwarteten Teilnehmer aus der ehemaligen DDR fanden den Weg ins Ruhrgebiet.

Selbst in der evangelischen Kirche, die bis zum Fall der Berliner Mauer als wichtigste Klammer des geteilten Landes galt, ist also Geduld gefragt. So nutzte man die Gelegenheit zum Gespräch mit den führenden politischen und kirchlichen Köpfen aus den neuen Bundesländern, um Vorurteile durch Information abzubauen.

Der Kirchentag hat der Versuchung widerstanden, leidenschaftliche Appelle an die deutsche Nation zu richten. Vielmehr schloß er sich der Nüchternheit eines Manfred Stolpe an, der dazu aufforderte, sich mehr als bislang über die jeweiligen Probleme zu unterhalten. Nur so werden die entstandenen Gräben zugeschüttet, zumal ohnehin jeder inzwischen kapiert hat, daß der Aufbau der neuen Bundesländer noch viel Zeit und auch viel Geld kosten wird.



**Auf dem Platz vor Bergbaumuseum in Bochum verwies der westfälische Präses Hans-Martin Linnemann auf die Solidarität der Bergleute unter Tage, wo einer für den anderen eintreten müsse. „Was unter Tage in Augenblicken der Gefahr möglich ist, das ist auch über Tage nötig.“ Vom Kirchentag erhofft sich Linnemann, daß er die Menschen aus Ost und West und Nord und Süd in Bewegung setzt, aufeinander zuzugehen.** *Foto: dpa*

Ebenso nüchtern hat sich der Ruhrgebietskirchentag der breiten Palette ungelöster gesellschaftspolitischer Themen angenommen. Längst sind die gutgemeinten Forderungen nach einer Aufnahme aller Flüchtlinge, die Zuzug begehren, einer sachlichen Betrachtungsweise gewichen. Das gilt aber auch für den Traum vom Frieden, den man durch weltpolitische Abstinenz zu verwirklichen trachtete. Selbst beim Thema Umwelt sind die Forderungen weniger radikal geworden. Dafür setzt man nun eher auf das persönliche Beispiel.

## Von 102 000 Dauerteilnehmern ein Zehntel aus dem Osten

Über ein Viertel der zum Kirchentag im Ruhrgebiet angemeldeten Dauerteilnehmer gehört gleichzeitig auch zu den Mitwirkenden.

Frauen sind mit 54 Prozent stärker vertreten als die Männer. Mit gut 35 000 oder 38,5 Prozent sind die 18- bis 29-jährigen die größte Altersgruppe, gefolgt von rund 20 000 (22 Prozent), die weniger als 18 Jahre alt sind. Die 30- bis 44-jährigen sind mit 17, die 45- bis 59-jährigen mit 14 und die über 59-jährigen mit 5,5 Prozent unter den Teilnehmern vertreten.

Die stärkste Berufsgruppe bilden mit 49 Prozent die Schüler und Studenten. 86 Prozent haben sich bei der Anmeldung als evangelisch, 6 Prozent als katholisch eingetragen.

Aus den neuen Bundesländern kommen weniger als zehn Prozent der angemeldeten Dauerteilnehmer. Bei ihnen verteilen sich die Altersgruppen gleichmäßiger als bei denen aus dem Westen.

Mutig, möglichen Mißverständnissen nicht ausweichend, hat sich der Kirchentag auch mit einigen ausgesprochenen Reizthemen auseinandergesetzt – vom Islam bis zu den neuen geistigen Strömungen, für die die New Age zum Sammelbegriff geworden ist, vom Versuch, gesellschaftliche Minderheiten wenigstens in der Kirche besser zu verstehen, bis hin zu Fragen nach einem gelingenden Leben in besonderen Situationen.

Dabei zeigt sich, daß der Protestantismus offenbar auf dem Weg zu einer neuen Innerlichkeit ist. Diese ist weniger auf die persönliche Gotteserfahrung ausgerichtet als vielmehr auf das gemeinschaftliche Erlebnis und die individuelle Zufriedenheit. Daraus aber leitet sich zugleich die Frage ab, ob sich der Protestantismus schon wieder aus seiner mühsam akzeptierten Weltverantwortung verabschiedet. Noch handelt es sich nur um Tendenzen, die man aber analysieren muß. Denn nur dann, wenn Glaube und Weltverantwortung nicht auseinandergerissen werden, wird die evangelische Kirche Salz der Gesellschaft bleiben.

**Ann.:** Dieser Beitrag von K. Rüdiger Durth ist der Bonner Rundschau entnommen.

## Kurz notiert

### EKD-Studie zur Gentechnik

**Hannover.** Eine Experten-Gruppe der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat vor zu großer Eile bei gentechnischen Forschungs- und Produktionsvorhaben gewarnt und sich davor ausgesprochen, der Erforschung von Alternativen und derzeit noch nicht übersehbaren Risiken mehr Zeit zu geben. Das geht aus der Studie „**Einverständnis mit der Schöpfung – ein Beitrag zur ethischen Urteilsbildung im Blick auf die Gentechnik und ihre Anwendung bei Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren**“ hervor, die von der EKD in Hannover vorgestellt wird. Die Experten erwarten von den Wissenschaftlern und Anwendern, daß sie in kleinen Schritten vorgehen und sich die Freiheit bewahren, aus wohlwogenden Gründen auf ein Vorhaben auch zu verzichten. Die Verpflichtung des Staates, in die gentechnische Forschung und Arbeit regelnd einzugreifen, stehe zur Freiheit der Wissenschaft nicht in einem Widerspruch.

Die EKD-Expertengruppe weist auf noch unwägbarere Gefahren durch die technische Raffung von Lebens- und Wachstumsprozessen hin, für die „die Evolution riesige Zeiträume“ gebraucht habe. In der Gentechnik werde in einem „diabolischen Zeitraffer“ gearbeitet. In dieser Situation, so die Verfasser der Studie, werde „die Langsamkeit zur Tugend“. Die Forderung nach einem Moratorium für die Gentechnik dürfe jedoch „keine verkappte Ablehnung“ der Gentechnik sein und nicht auf eine „unabsehbare Verzögerung“ zielen.

Gegenstand der Studie ist die Anwendung der Gentechnik bei Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren. Damit solle dem „verhängnisvollen Eindruck“ gewehrt werden, „die ethische Problematik begänne erst dort, wo der Mensch unmittelbar berührt ist“, heißt es im Vorwort. Anstoß für die Arbeit der 1986 vom Rat der EKD berufenen Expertengruppe sei Sorge dar-

über gewesen, daß im Bereich der Gentechnik „wissenschaftliche Neugier und wirtschaftliches Kalkül“ und nicht „vorrangig ethische Überlegungen das Gesetz des Handelns bestimmen“. Die Verfasser haben die Studie ausdrücklich als „Diskussionsbeitrag“ gekennzeichnet, um nicht der eigenverantwortlichen „ethischen Urteilsbildung“ vorzugreifen und ein Urteil vorzuschreiben.

Nach Ansicht der kirchlichen Expertengruppe stellt die Gentechnik eine neue Qualität des Zugriffs auf „die Substanz des Lebens selbst dar“. Die Wissenschaft sei zu befragen, ob sich die Gentechnik in die Schöpfungswirklichkeit einfüge und ob die Nutzung der Natur in „Bewunderung, Dank und Respekt“ für die Schöpfung und in dem Bestreben geschehe, die gegebene Artenvielfalt zu erhalten. Kritikwürdig sei die Position derer, „die die Natur ausschließlich unter dem Blickwinkel des Nutzens für die Menschen“ betrachteten.

In einem „Plädoyer für ein neues Verhältnis zur Natur“ fordert die Expertengruppe dazu auf, von der Idee abzurücken, die Welt und das Leben der Menschen von Leiden und allem Unheilvollen mit Hilfe etwa der Gentechnik vollständig befreien zu wollen. Wörtlich heißt es: „Die Vorstellung von einer Perfektionierung der Welt oder des menschlichen Lebens bleibt ein Wahn.“ Das Leben der Natur sei in sich kreativ, lebendig und entwicklungsfähig. Teil dieser natürlichen Lebendigkeit seien aber auch Tod und Sterben, Selbstzerstörung oder genetische Defekte.

Die Studie enthält in fünf Kapiteln eine Darstellung des Forschungs- und Problemstandes, eine Beschreibung der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen durch die Gentechnik, eine Auseinandersetzung mit „falschen Alternativen“, ein „Plädoyer für ein Umdenken im Verhältnis zur Natur“ sowie in einem abschließenden Kapitel Entscheidungshilfen für die Urteilsbildung und Anregungen für den gesellschaftlichen Dialog.

## Wort zum 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

Am 22. Juni 1991 jährt sich zum fünfzigsten Mal der Tag des Überfalls auf die Sowjetunion.

*Nachdem das nationalsozialistische Deutschland und die stalinistische Sowjetunion sich 1939 verbunden hatten, die Freiheit Polens und der baltischen Republiken zu vernichten, begann am 22.6.1941 mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht zwischen beiden Mächten ein Kampf, der für die Völker beider Staaten schreckliche Folgen mit sich brachte. Vom nationalsozialistischen Deutschland wurde dieser Kampf vom Beginn an nicht nur als Eroberungskrieg geführt, sondern als Vernichtungskrieg gegen Judentum und Bolschewismus. Rassenwahn und ideologisch begründeter Terror forderten Millionen Opfer unter Frauen, Männern und Kindern, unter Zivilisten und Kriegsgefangenen. Die damals den Menschen in der Sowjetunion zugefügten Wunden sind bis heute nicht vernarbt.*

*Unvergessen ist auch das Leid, das Deutschen zugefügt wurde, als die sowjetischen Truppen im Gegenschlag tief nach Deutschland hinein vordrangen. Wieder verloren Völker ihre Freiheit, Menschen das Leben, die Heimat, ihren Besitz.*

*Als Waffen schwiegen, wurde dennoch nicht Friede. Jahrzehntlang standen sich die Lager des Kommunismus und der westlichen Demokratien hochgerüstet gegenüber. Gegenseitige Vernichtung schien näher als die Möglichkeit der Verständigung, des Ausgleichs.*

*Daß innerhalb weniger Jahre die Grenzen sich öffneten, daß Zusammenarbeit an die Stelle der Konfrontation trat, daß unser deutsches Volk sich in Frieden und Freiheit wiedervereinen konnte, daß Hoffnung blüht, wo Angst geherrscht hatte, das alles ist ein Wunder vor unseren Augen. Wir danken Gott, daß er die Herzen der Völker und der verantwortlichen Politiker gelenkt hat, so daß sie frei wurden, an die Stelle des Mißtrauens Vertrauen zu setzen, daß sie bereit wurden, als Partner zusammenzuarbeiten und gemeinsam nach Wegen des Friedens zu suchen.*

*Dieser Dank soll heute Früchte tragen. Wir wollen die zur Versöhnung ausgestreckten Hände ergreifen, eigene Schuld bekennen und zugefügtes Leid verzeihen. Wir wollen die Völker in der Sowjetunion auf dem schwierigen Weg unterstützen, den sie durch die Politik der Öffnung unter Präsident Gorbatschow betreten haben. Wir wollen bei der Einigung Europas gemeinsam daran arbeiten, daß auch die Menschen in der Sowjetunion an dieser großen Gemeinschaft Anteil haben.*

*An die christlichen Kirchen in der Sowjetunion richten sich große Erwartungen. Nur wenn wir in ökumenischem Geist zusammenarbeiten, können die Aufgaben bewältigt werden, die nach Wiederherstellung der Glaubensfreiheit auf die Christen dort warten.*

*Dabei mitzuwirken, ruft die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland die Gemeindeglieder, die Gemeinden und Kirchenkreise auf.*

## Bücher

**Lisbeth Haase, Als Abraham seine Frau verkaufte. Frauen des Alten Testaments erzählen ihre Geschichte. ABCteam. R. Brockhaus Verlag, Wuppertal/Zürich 1991.**

Die liebenswerte Pfarrfrau und Katechetin läßt ein halbes Hundert Frauen aus dem Alten Testament, „Schlüssfiguren“ und eher beiläufig erwähnte, ihre eigene Geschichte mit Gott und der Welt erzählen. Diese „Erzählungen von sich selbst“ sind zunächst ein Leitfaden der Geschichte Israels; sie stehen im Dienste der Verkündigung. Sodann spielt – auch im Kontext einer feministischen Großwetterlage – die „Perspektive betroffener Frauen“ eine Rolle. Kurz: Aus biblischen Geschichten sind – auch entgegen ihrem ursprünglichen „Sitz im Leben“ – so etwas wie modern anmutende „Biographien“ geworden. Bei diesen nicht einfachen Transformationen helfen historisierende und psychologisierende (z.B. 11, 14), zuweilen auch pädagogisierende (z.B. 87) „Erzähl- und Darstellungsweisen“ in gehobener Umgangssprache, die durch Fachausdrücke angereichert ist, mit („meine soziale Stellung innerhalb der Großfamilie“: S. 36), um ein für den heutigen Leser möglichst lebendiges und plausibles Bild vom Frauenleben in biblischen Zeiten aus der Frauensperspektive zu vermitteln. Da fehlen „Männerangst“ (125) ebensowenig wie die „Leihmutter“ (23) und die „Trümmerfrauen Jerusalems“ (137).

Bei den neueren Versuchen zu Theorie und Praxis des Erzählens biblischer Geschichten mit ihren Gestalten zeigt sich eine große Bandbreite. Die Spannung zwischen biblischer Überlieferung mit ihrem Eigenprofil und gegenwärtiger Erfahrung führt zu unterschiedlichen Lösungsversuchen, die zwischen (bloßer) Sacherzählung, Entfaltung oder Umsetzung der Vorlage schwanken. Frau Haase macht von all diesen Möglichkeiten geschickt Gebrauch, je nach der vorfindlichen „Quellenbasis“ und wohl auch aus eigenen praktischen Vermittlungserfahrungen.

Es geht in diesem Buch um ein spannendes Experiment, das auf mannigfache Erprobungen in der Praxis wartet, wobei vor allem von der Sprache und Thematik her eher ältere Jugendliche und Erwachsene angesprochen sind. Ein interessantes Buch!

**Karl Dienst**

**Otto Kimminich „Die Menschenrechte in der Friedensregelung nach dem Zweiten Weltkrieg“ Gebr. Mann Verlag, Berlin 1991**

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat manche Probleme, die jahrzehntelang mit wissenschaftlicher Akribie untersucht worden sind, in den Bereich der Geschichte und der Geschichtswissenschaft verwiesen. Andere Probleme sind ungelöst geblieben, einige treten mit neuen Konturen hervor, viele weitere sind hinzugekommen. Die vorliegende Untersuchung will dazu beitragen, die mit menschenrechtlichen Aspekten verknüpften Probleme der künftigen Friedensordnung Europas auszusondern, soweit sie noch relevant erscheinen. Das rasche Tempo der Wiedervereinigung hat es mit sich gebracht, daß alle Fragen, die das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR betrafen, ausgeklammert werden konnten, denn im Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit – März 1990 – stand die Wiedervereinigung bereits fest. So war es möglich, die Studie auf die Gestaltung der künftigen Friedensordnung, an der das wiedervereinigte Deutschland teilnehmen wird, zu konzentrieren.

### Urlaubsangst

Und wenn wir dann erst Urlaub haben, werden wir segeln und tauchen, Museen besuchen und Moscheen damit keiner sagt, wir hätten uns gelangweilt. Und warum sagt da einer, wir hätten Angst, uns selbst zu entdecken?

**Horst-W. Voigtmann**

## Was haben Ihre Eltern oder Schwiegereltern für Sie getan?

(Bundesrepublik: Bevölkerung ab 16 Jahre)

	West- deutschland Mai 1990 %	Ost- deutschland Juni 1990 %
Gute Ratschläge	70	83
Sind für mich da, wenn ich Probleme habe	46	62
Einspringen im Krankheitsfall	40	38
Mir Geld geliehen	40	46
Gelegentliche finanzielle Unterstützung	38	50
Kauf von Kinderkleidung für Enkelkinder	37	51
Betreuung der Enkelkinder, wenn wir abends mal weggehen	37	51
Hilfe in finanziellen Schwierigkeiten	36	47
Umsonst wohnen lassen	33	41
Unterstützung bei größeren Anschaffungen	31	42
Mitarbeit im Haushalt/Garten	26	38
Kleinere Arbeiten und Reparaturen in der Wohnung und am Haus	25	38
Betreuung der Enkelkinder, während ich/wir arbeiten gehe(n)	25	33
Ferien der Enkelkinder bei den Großeltern	23	44
Regelmäßige finanzielle Unterstützung	23	17
Finanzielle Unterstützung beim Bau oder beim Kauf eines Hauses, einer Wohnung	21	20
Geldanlage für die Enkelkinder	20	27
Mithilfe im eigenen Betrieb	7	7

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 5035, 9002

## Leserbrief

**Betr.: EV 4/91  
„Diakonische Arbeit in den 5 neuen Bundesländern“**

Der Beitrag von Uwe Wienholz klingt überzeugend und scheint auch in sich schlüssig zu sein und doch regen sich bei mir Zweifel. Fraglos sind die Menschen in den neuen Bundesländern durch andere Erfahrungen geprägt, kirchlich und außerkirchlich gleichermaßen. Muß nun alles gleichgeschaltet werden, können die so andersartigen Erfahrungen nicht auch zu anderen Lösungen führen? Dürfen wir, die wir in diesen 40 Jahren eine andere Prägung erfahren haben, den Menschen in den neuen Bundesländern einfach alles überstülpen?

Gewiß ist das Subsidiaritätsprinzip lobenswert. Aber die Frage bleibt doch, ob die Kirchen gut beraten waren, ihre diakonische Arbeit in diesem Umfang auszuweiten. Ihre geistliche Kraft scheint diesem Wachstum jedenfalls nicht zu entsprechen. Entscheidend sollte nicht so sehr sein, wie stark die finanziellen Anreize der öffentlichen Hand sind, sondern weit mehr, was sich die Kirchen auch geistlich zumuten können. Eine exemplarische Arbeit wäre möglicherweise überzeugender. In einer Zeit fortschreitender Entkirchlichung sollte gerade dieser Aspekt nicht ignoriert werden.

**Ludwig Scheib**  
Mozartstraße 25,  
6732 Edenkoben

## Aus unserer Arbeit

### „DDR ein gesellschaftliches Bermuda-Dreieck der Macht“

**Fernwald-Steinbach.** Das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands gestaltet sich schwieriger als vor der Wiedervereinigung angenommen. Hinzu kommt, daß alte SED-Seilschaften in vielen Betrieben nach wie vor in verantwortungsvollen Positionen sitzen und früherer weiter das Leben schwer machen. Diese Auffassung vertrat der Schriftsteller **Horst Drescher** (Leipzig) bei einer Veranstaltung zum 10jährigen Bestehen des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU im Kreis Gießen.

Drescher war als oppositioneller Autor bis 1981 mit Veröffentlichungsverbot belegt. Er kritisierte Bestrebungen, ehemalige SED-treue Schriftsteller in den zukünftig gesamtdeutschen Schriftstellerverband (PEN) aufzunehmen.

Der EAK habe sich in der Vergangenheit immer wieder grundlegenden gesellschaftspolitischen Fragen gestellt und dabei das Gespräch mit verschiedenen Gruppen gesucht. So seien etwa die Bereiche der Drogenproblematik, der Abtreibungsgesetzgebung, der Ausländerpolitik und der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert worden. Kreisvorsitzender der EAK ist Klaus Frommelt (Gießen-Allendorf), als stellvertretende Vorsitzende amtierende **Adolf Wallbott** (Fernwald-Steinbach) und **Christoph A. Zörb** (Gießen-Lützellinden). Schriftführer ist **Stephan Schneider** (Wettenberg).

### Wie kommt man zu einem gemeinsamen Deutschland?

**Porta Westfalica.** „Das geeinte Deutschland ist keine vergrößerte Bundesrepublik“, betonte der ehemalige DDR-Ministerpräsident **Lothar de Maizière** während einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Minden-Lübbecke. Es werde noch eine ganze Generation dauern, bis Deutschland „im Fühlen und Denken ein Volk geworden ist“, betonte der stellvertretende Vorsitzende der Bundes-CDU.

„Die mentalen Gräben müssen überwunden werden“, rief er Bürger im Osten und Westen gleichermaßen zur Zusammenarbeit auf.

Es sei schon sehr erstaunlich, was in den vergangenen 17 Monaten in den neuen fünf Bundesländern alles passiert sei. Mit eindrucksvollem Zahlenmaterial untermauerte de Maizière seine These: Eine Million neue Arbeitsplätze seien im Osten bereits geschaffen worden. 300000 Gewerbebetrieben habe man bereits eine Zulassung erteilt. Und Ende 1995 werden auf dem Boden des ehemaligen SED-Unrechtsstaates 35 Milliarden Mark investiert worden sein. „Das sind Zahlen, die auch einmal gesehen werden müssen“, verdeutlichte der Politiker.

### Weltsituation erfordert Wagnis des Dialogs

**Bünde.** Viele Zuhörer waren zu dem Diskussionsabend des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Herford ins Bonhöferhaus in Bünde gekommen, um sich über den Islam zu informieren. Der Referent des Abends, **Pfarrer Schilling**, hielt für die Erarbeitung dieses Themas drei Schritte für erforderlich: Kennenlernen des Islam, seines Propheten und seiner Lehre, Erkennen von Gemeinsamkeiten mit dem Christentum und den Unterschieden, Erkunden von Deutungen der gegenwärtigen Situation und mögliche Schritte aufeinander zu.

Als ausgesprochen schwierig bezeichnete der Referent den Dialog, da die enge Verzahnung von Religion und Politik für den Islam fundamental ist. Die Forderung nach Humanität und gegenseitiger Toleranz mache es sich zu einfach, denn Christentum und Islam stimmten nicht im Hinblick auf Humanität und deren Stellenwert in der Gesellschaft überein. Dennoch müsse der Dialog gewagt werden, da die gegenwärtige Weltsituation Christen und Moslems in der Verantwortung für diese Welt aneinander binde, für beide sei die Welt Gottes Schöpfung, die uns geliehen sei, und die es zu bewahren gelte. Eine rege Diskussion schloß sich an das Referat an.

### Wer produziert, muß den Müll auch entsorgen

**Hamburg.** Bundesumweltminister **Prof. Klaus Töpfer** hat in Hamburg auf der EAK-Landestagung Hamburg ein Plädoyer für das Verursacherprinzip im Bereich der Abfallwirtschaft und Entsorgung abgelegt. „Das Verursacherprinzip ist nichts anderes als Subventionsabbau in der Industrie. Die bisherige Arbeitsteilung ist falsch: Der eine produziert, der andere verpackt, der nächste verkauft und schließlich wird – meistens von Behörden – entsorgt. Wir müssen statt dessen die Kreise schließen und Verantwortlichkeit bei denjenigen herstellen,

Töpfer sieht die Bundesrepublik als einen der am weitesten entwickelten Industriestaaten in einer Vorreiterrolle. „Wir werden nicht warten, bis wir eine weltweite Harmonisierung durch einheitliche Umweltgesetze erreichen. Die Bundesrepublik hat allein wegen der faktischen Abfallproduktion mehr zu tun als ein weniger industrialisiertes Land wie zum Beispiel Portugal.“

Daß Töpfer mit seinen Vorstellungen auch in seiner Partei nicht nur auf Sympathie trifft, scheint ihm klar zu sein. Er baut vor: „Ich will Mehrheiten für das finden, was ich für nötig halte, und nicht umgekehrt Mehrheiten nutzen, um das durchzusetzen, was andere wollen.“



Dr. Kampf (rechts) begrüßt die Teilnehmer; von links: Bundesminister Klaus Töpfer, (Pastorin) Dr. Lademann-Priemer, Hartmut Perschau, MdHB.

die produzieren. Mit Verboten umweltgefährdender Stoffe hinken wir nur hinterher“, sagte Töpfer auf der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU.

Noch in diesem Jahr will Töpfer eine Verordnung vorlegen, die die Autoindustrie bei der Entsorgung schrottreifer Wagen in die Pflicht nimmt. „Wir brauchen im Demontage-Bereich eine Technologie-Entwicklung, die der im Montage-Bereich adäquat ist. Mir geht es darum, durch politische Entscheidungen Knappheit in der Wirtschaft zu erzeugen, die dann in der Rückkoppelung technische Innovationen freisetzt. Ich verstehe meine Umweltpolitik als Rationalisierungsspeitsche für vorbeugenden Umweltschutz. Es ist falsch zu behaupten, der Umweltminister verursache dadurch Kosten in der Wirtschaft. Es ist vielmehr so, daß die Kosten nur richtig – nämlich auf der Verursacherseite – veranlagt werden“, sagte er.

### Kirche und Wirtschaft

**Leverkusen.** „Die Kirchen und ihre Bewertung der sozialen Marktwirtschaft“ war das Thema, über das Herr Pastor und Diplom-Ökonom **Andreas Siebenhüner** vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln in einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung des EAK Leverkusen sprach.

Die Kirchen stehen heute – so der Referent – der Wirtschaft eher skeptisch gegenüber. Dies sei aber im Protestantismus nicht immer so gewesen. Martin Luther habe für wirtschaftlich Tätige quasi eine Berufsethik geschaffen: Arbeit, die pflichtgemäß getan wird, setzte er dem Gottesdienst der Mönche gleich.

Dem Referat des Herrn Siebenhüner folgte eine sehr lebhaft und von viel Interesse und Sachverstand bestimmte Diskussion.

**EAK-Bezirksverband  
Bergisches Land hat gewählt**

**Remscheid.** Das geistige Profil der CDU mit auszuarbeiten, die ethische und moralische Grundlage politischen Handelns zu erarbeiten ist ein Ziel des EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, in Gesprächen und Diskussionen einen Gegensatz zum rein materiellen Denken in der Politik zu schaffen. Mit anspruchsvollen Themen etwa bei den jährlichen „Schloß-Burger Gesprächen“ - im letzten Jahr mit Umweltminister Töpfer -, bei Besuchen in kirchlichen Einrichtungen, und im politischen Alltag versuchen seine Mitglieder evangelisches Denken zu fördern und umzusetzen.



von rechts: Karl-Heinz Humpert, Detlef König, der neue Vorsitzende Dr. Hans Horn, Wolfgang Sause.

Nach fast fünf Jahren trafen sich die Mitglieder und Delegierten des Bezirksverbandes „Bergisches Land“ des EAK erneut im Hotel „Remscheider Hof, wo im September 1986 der Bezirk gegründet wurde. Die EAK-Vertreter aus dem Bergischen Land wählten einen neuen Vorstand und zum Bezirksvorsitzenden **Dr. Hans Horn** aus Waldbröl. Seine Stellvertreter sind **Klaus Gericke** (Wuppertal) und **Karl-Heinz Humpert** (Remscheid). **Ernst Landgrebe** ist Schriftführer. Beisitzer wurden **Friedel Burghoff, Peter Otto Haarhaus, Dr. Peter Heering, Udo Neblung und Gerd Zarges**.

Der bisherige und auch neue Vorsitzende, Dr. Hans Horn hielt einen Rückblick auf die Aktivitäten der vergangenen Periode und sprach von den neuen Herausforderungen durch die Wiedervereinigung. Er betonte die Notwendigkeit,

die Menschen in beiden Teilen unseres Vaterlandes wieder zusammenzuführen und wies auf die Verantwortung des EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES in diesem Bereich hin. Auch die neuen Fragen, die sich durch die europäische Vereinigung stellen, schnitt er an. Im weiteren Verlauf der Bezirkstagung diskutierten die EAK-Mitglieder den Themenbereich Wehrdienst-Zivildienst-Gewissensfrage? Die Frage, ob es zu akzeptieren sei, daß die Teilnahme am Wehrdienst nicht als Gewissensentscheid, sondern als Form der Lebensgestaltung zu sehen sei, oder ob und warum Wehrdienst auch in Zukunft in der bisherigen Form beibehalten werden müsse, wurden angefragt und nach neue Antworten gesucht, Endgültiges aber noch nicht gefunden.

**Podiumsgespräch über  
Sicherheitspolitik**

**Ettlingen.** Auf Initiative des evangelischen Arbeitskreises im CDU-Stadtverband Ettlingen wurde eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Sicherheitspolitik durchgeführt. Die Vorsitzende **Inge Grether** konnte vor einer großen Anzahl junger Gäste Hauptmann **Jessen**, den Jugendoffizier der 1. Luftlandedivision aus Bruchsal, den Bezirksjugendpfarrer **Dietmar Bader** aus Pforzheim und Oberregierungsrat **Helmut Haas** aus Bruchhausen als sachkundige Referenten begrüßen.

Jessen wies in seinem Kurzreferat darauf hin, daß sich Sicherheitspolitik nicht nur mit den Streitkräften befaßt, dies ist eine Mischung aus Außen-, Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik und anderes

mehr. Die permanent vorhandenen weltweiten Instabilitäten wie zum Beispiel in Osteuropa (UdSSR), im Nahen Osten, in Nordafrika und im asiatisch-indische Raum rechtfertigen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, sie sind „eine Rückversicherung gegen den Rückfall in die Unvernunft“.

Die Politikfähigkeit einer Mittelmacht wie Deutschland erfordert Streitkräfte im Bündnis. Pfarrer Bader, selbst Kriegsdienstverweigerer, bekannte sich zu den Heidelberger Thesen der evangelischen Kirche, wonach Christen zur Friedenserhaltung in der Bundeswehr dienen dürfen. Er sieht allerdings die Aufgabe des NATO-Bündnisses, einen Krieg mit Waffen zu verhindern, am Beispiel des Golfkrieges als gescheitert. Bader glaubt feststellt zu haben, daß sich seit der Wiedervereinigung das Bild der Bundeswehr verändert hat. Helmut Haas plädierte für die Beibehaltung einer Wehrpflichtarmee, um die stete Verwurzelung in der Gesellschaft sicherzustellen.

**Wie sollen sich Christen im  
Kriegsfall verhalten?**

**Halstenbek.** Häufiger als bisher will der EAK im Kreis Pinnberg das Gespräch mit Vertretern der evangelischen Kirche über gesellschaftspolitische Themen, die Kirche und Politik gleichermaßen berühren, suchen. Diese Diskussionsveranstaltungen sollen als „Theologische Abendgespräche des EAK“ zum festen Bestandteil zukünftiger Arbeit werden.

Das erste Gespräch dieser Art befaßte sich mit den Konsequenzen des Golf-Konfliktes. Pastor **Martin Hennig** aus Hamburg, Mitglied im Ausschuß für Frieden und Abrüstung in der Kirchenleitung der ev-luth. Kirche in Nordelbien, war der Gastreferent.

Folgende Schwerpunkte hob Pastor Hennig thesenartig hervor. Was man nicht mehr für möglich gehalten hätte, sei nun doch wieder eingetreten, nämlich: Eine Kriegsführung mit der Folge von zahlreichen Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung. Dieser Krieg habe unter uns sehr polarisierend gewirkt, auch unter uns Christen. Dieser Krieg hat die politischen Probleme des Raumes nicht ge-

löst, vielmehr hat er nationale Euphorien (USA) ausgelöst. Es hat sich gezeigt, das Kriege wieder hoffähig und wieder leichter führbar geworden sind. Das aber bedeute das Scheitern von Politik.

Die Kirchen seien in diesen Wochen des Krieges abermals Orte des Friedens für Andachten, Gebete und Fürbitten gewesen und hätten damit zum Ausdruck gebracht, daß die Gewissensschärfung nicht unterbleibt. Christen müssen immer als erstes die Opfer in den Blick nehmen, müssen Solidarität mit den gelittenen Menschen und mit den Opfern zeigen.

In der anschließenden Diskussion traten die unterschiedlichen Positionen deutlich hervor. Die nationale Euphorie in USA, die Kriegs-/Wehrdienstverweigerung, die wirtschaftlichen Interessen (Rüstung, Öl), die Begriffsdefinitionen Gerechtigkeit und Gewissen wurden ebenso kontrovers debattiert wie die Fragen:

Kann ein Krieg gerecht sein? Sind Kriege auf Dauer zu verhindern?

Der EAK-Kreisvorsitzende **Hans Bleckmann** zog daraus das Fazit, daß jede von Herrn Pastor Hennig hervorgehobene These ein Thema für einen weiteren Gesprächsabend sein könne. Dies zeige, wie groß der Gesprächsbedarf zwischen Kirche und Politik ist. So waren sich Pastor Hennig und der EAK-Kreisvrs. H. Bleckmann darüber einig, das solche Kontakt zum Zwecke einer besseren gegenseitigen Verständigung, stärker als bisher gesucht werden müßten.

**Zweifelhafte Friedensstifter?**

**Wermelskirchen.** Er selbst hält sich für einen „etwas streitbaren Pfarrer“, der zwischen Kanzel und Schreibmaschine hin- und hergerissen ist. **Wilhelm Drühe**, Pfarrer für kirchliche Erwachsenen- und Öffentlichkeitsarbeit im Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann, zeigte jetzt auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis journalistisches Gespür und theologisches Wissen, als er seine Gedanken zum Golfkrieg äußerte. Thema: „Selig sind die Friedenstifter - wer ist das denn?“

Wenn es einen Gott gebe, dann wisse der zur Zeit sicherlich nicht, wo ihm der Kopf stehe, betonte Drühe. Evangelische Christen in Deutschland hätten nämlich nicht nur den Krieg zur Befreiung Kuwaits verurteilt, sondern auch das Beten der Gegenseite. „Daß politische Festlegungen in Forderungen des Gebetes, also in die unmittelbare Begegnung mit Gott, gelegt werden, macht die ganze Fragwürdigkeit dieses Betens aus“, fuhr der Pfarrer fort. Die Friedesgebete der vergangenen Wochen hätten gezeigt, wie aus dem Beten eine politische Demonstration werde, die die Anrufung des Namens Gottes mißbrauche. Drühe: „Beten ist instrumentalisiert worden.“

Zum Thema „Pazifismus“ meinte Drühe, daß der seine Bedeutung habe, wo er aktiv gegen die Militarisierung angehe. Das könne geschehen durch intensive Friedenserziehung aller Generationen und Gruppen, Friedensdienste sowie aktive Abrüstungs- und Entspannungspolitik.

#### Ein Forum für Diskussionen in der CDU

**Schwerte.** Ein offenes Forum für Grundsatzdiskussionen in der Partei und in den Kirchen will der Evangelische Arbeitskreis der CDU sein. Seine Mitglieder wollen seit der Gründung im Jahre 1952 einen Beitrag für die verantwortungsbewußte Gestaltung des Lebens leisten. Seit vergangenen Dienstag kann dieses Ziel auch im Kreis Unna verwirklicht werden. Nach längerer Ruhepause wurde der EAK auf einer Gründungsversammlung in Kamen wieder ins Leben gerufen. Zum Vorsitzenden wurde ein Schwerte gewählt: **Dr. Karl Göckmann** kümmert sich von nun an um die Belange der rund 1066 evangelischen Christen in der CDU des Kreises Unna.

Der 66jährige Rechtsanwalt ist seit nahezu 40 Jahren Mitglied der CDU und bereits im Landesvorstand der EAK tätig. Nach der Übernahme des Kreisamtes wartet eine Vielzahl neuer Aufgaben auf ihn: Ein wesentlicher Punkt bestehe darin, „evangelische Menschen im vopolitischen Raum für eine Arbeit in der CDU zu gewinnen“, erklärt der neue EAK-Kreisvorsitzende.

## Kirchentagsfenster

### Lothar de Maizière auf dem Markt der Möglichkeiten

**Essen.** Am Gemeinschaftsstand des EAK der CDU/CSU und der Jungen Union wurde er schon morgens angekündigt. Als **Lothar de Maizière**, stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender und Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, dann nachmittags zur Diskussion mit Kirchentagsbesuchern am Stand in Halle 8 eintraf, sammelte sich gleich eine große Anzahl von Menschen um ihn.

Eine Asylbewerberin sprach de Maizière auf die große Ausländerfeindlichkeit in der ehemaligen DDR an, die der ehemalige Ministerpräsident mit den bisher dürftigen multikulturellen Erfahrungen der Menschen erklärte. Der Umgang mit anderen Kulturkreisen und die Solidarität mit Asylbewerbern müßten erst geübt werden.

### Diskussionsforum bieten

**Essen.** Der Stand des Evangelischen Arbeitskreises, der Jun-



### In lebhafter Diskussion: Bundesministerin Dr. Angela Merkel.

Er habe erwartet, hier mehr Menschen aus den neuen Bundesländern zu treffen, sagte der Politiker bei seinem ersten Besuch auf einem Kirchentag im „Westen“. Die geringe Teilnehmerzahl der Besucher aus dem Osten der Republik führte er zurück auf eine reservierte Haltung der Menschen, auf finanzielle Schwierigkeiten und zu wenig Werbung für den Kirchentag. Außerdem sei das öffentliche Klima von anderen Themen bestimmt. Die Menschen haben genug mit eigenen Problemen zu tun und sind zur Auseinandersetzung mit übergreifenden Themen und Fragen wenig bereit: „Der Umstellungsprozeß braucht Kräfte“.

gen Union und des RCDS stand unter dem Motto: Die Deutschen in Europa – Befreit zum Miteinander. Zahlreiche Politiker, u.a. **Peter Hintze**, Bundesministerin **Dr. Angela Merkel**, **Hans-Peter Repnik**, **Roswitha Verhülsdonk** waren zum Gesprächsaustausch gekommen.

15 Mitarbeiter/innen der drei Gruppen waren im Einsatz, stellten sich der Diskussion und warben für Teilnahme an der Fragebogenaktion: **Was erwarten Sie von Europa?** Die Auswertungsergebnisse der 2.000 ausgefüllten Fragebögen stellen wir in der nächsten Evangelischen Verantwortung vor.

#### Richtigstellung

In der Maiausgabe der „EV“ haben sich zwei sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen.

Auf Seite 5 (linke Spalte unten) muß es heißen: das dem **ungeborenen** Leben täglich und stündlich angetan wird.

Auf Seite 6 (linke Spalte unten) muß es heißen: wenn die Frau nicht bereit ist, **stellvertretend** für das Kind...

Die Redaktion

### Helfen statt schüren

**Hessigheim.** Der Evangelische Arbeitskreis des CDU-Kreisverbandes Ludwigsburg unter Leitung von **Ulrich Hirsch** aus Sachsenheim-Spielberg hatte kürzlich zu einem Abendgespräch mit Bürgermeister **Herbert Johannes** aus Schmalkalden/Thüringen eingeladen. Unter dem Titel „Vom VEB aufs Rathaus“ referierte Bürgermeister Johannes offen und informativ über die schwierigen Probleme, die die Bürgermeister der Gemeinden und Städte in den fünf neuen Bundesländern in einem zwölf- bis 14stündigen Arbeitstag zu bewältigen suchen.

Die arbeitsfähigen Bewohner sollten, so Bürgermeister Johannes, genötigt werden, sich der erforderlichen psychologischen und geistigen Umschulung und der Einarbeitung in die neuen Begriffe und arbeitstechnischen Gegebenheiten zu stellen. Man dürfe nicht durch großzügige Unterstützungsgelder und Subventionen ein weiteres unproduktives Nichtstun ermöglichen beziehungsweise verlängern. Mit Geld und gutem Willen aus dem Westen allein sei der „Aufbau Ost“ nicht zu schaffen, zumal die alten „Seilschaften“ oft weiterhin die Betriebe leiteten, da niemand da sei, der sie ablösen könne oder wolle. So könnten Fortschritte verhindert oder boykottiert werden.

Dazu komme noch die unverantwortliche Demagogie westlicher Gewerkschaftsfunktionäre, die die Unzufriedenheit der Massen schürten und Forderungen stellten, die jeder vernünftigen Lösung der ungeheuren Schwierigkeiten entgegenstünden. Leider erfülle auch die Kirche ihre Aufgabe zur Stützung und Leitung der Menschen nicht in dem notwendigen Umfang, da sie noch auf der Suche nach ihrem Platz in der neuen Gesellschaft sei.

Fazit dieses „ungemein aufschlußreichen Abends“ laut CDU-Arbeitskreis: Vermehrter Einsatz von Fachleuten aus den alten Bundesländern und intensive Pflege positiver menschlicher Beziehungen, sie das Gebot der Stunde.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

Bonn

## Aktionsprogramm „Sommer der Begegnung 1991“

Mit 20 Mio DM werden vom Bundesjugendministerium im Sommer 1991 ca. 1.100 Veranstaltungen gefördert, die etwa 85.000 Kindern und Jugendlichen aus den neuen und alten Bundesländern die Möglichkeit für eine Begegnung bieten. Dieses Geld hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages jetzt für Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Sommer der Begegnung 1991“ bereitgestellt. **Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Schirmherrschaft über den „Sommer der Begegnung 1991“ übernommen.**



Gefördert werden örtliche Begegnungsmaßnahmen, um z.B. Jugendräume oder Spielplätze zu schaffen, sich gemeinsam mit Fragen der Ökologie und der politischen Kultur auseinanderzusetzen oder zusammen Theater, Tanz, Musik und Video zu machen. Ein Schwerpunkt des Aktionsprogramms sind Erholungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aus stark umweltbelasteten Gebieten der neuen Bundesländer und Erholungsmaßnahmen zugunsten Kinder arbeitsloser Eltern.

Bundesjugendministerin **Angela Merkel:** „Nach dem Wegfall der zentralen Kinder- und Jugendmaßnahmen im Gebiet der ehemaligen DDR können junge Menschen in diesem Sommer einen kind- bzw. jugendgerechten Urlaub erleben. Dies wird für manche, je nach Alter, ein erster Schritt sein, sich in einer offenen, freiheitlich organisierten Gesellschaft zurechtzufinden. Für Teilnehmer aus Westdeutschland ist es gewiß in vielen Fällen der erste tiefere Kontakt mit Gleichaltrigen aus den neuen Bundesländern.“

Die zahlreichen Einzelprojekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Sommer der Begegnung 1991“ werden von Jugendgruppen, Jugendorganisationen und Jugendämtern sowie von Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden und Initiativgruppen durchgeführt.

### Aus dem Inhalt:

Den Frieden schützen 1

Entwicklungshilfe ist  
praktizierte Friedens-  
politik 3

Friedensethik im  
Widerstreit 5

Erfolge und Probleme  
der sozialen  
Marktwirtschaft 6

Entwicklungspolitik  
zwischen Demokratie  
und Menschenrechten 7

Bilanz des Evange-  
lischen Kirchentags –  
Keine Kontroversen 10

Kurz notiert 11

Büchermarkt 12

Aus unserer Arbeit 13

### Unsere Autoren:

Bundesminister  
der Verteidigung  
Dr. Gerhard Stoltenberg,  
MdB  
Hardthöhe  
5300 Bonn 1

Bundesminister  
Carl-Dieter Spranger  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche  
Zusammenarbeit  
Karl-Marx-Str. 4-6  
5300 Bonn 1

Udo Hahn  
Rheinischer Merkur  
Godesberger Allee 157  
5300 Bonn 2

Präsident  
Horst Schröder  
Landesrechnungshof  
Lübecker Str. 2  
O-3010 Magdeburg

Dr. Ludwig Watzal  
Berliner Freiheit 7  
5300 Bonn 1